

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXI
Schrifttum zum Allgemeinen Teil des BGB	XXIII

1. Kapitel. Einführung in das Privatrecht

§ 1. Recht und Rechtsquellen	1
I. Das Recht	1
1. Die Struktur des Rechts	1
2. Die Aufgabe des Rechts	1
II. Die Rechtsquellen	2
1. Rechtsprinzip und Rechtssatz	2
2. Gesetztes Recht und Gewohnheitsrecht	2
3. Richterrecht und Verkehrssitte	4
§ 2. Privatrecht und öffentliches Recht	5
I. Die Abgrenzung und ihre Bedeutung	5
II. Die Einteilung des Privatrechts und des öffentlichen Rechts	6
1. Die Gebiete des Privatrechts	6
2. Die Gebiete des öffentlichen Rechts	7
III. Das Zusammenwirken von Privatrecht und öffentlichem Recht	8
§ 3. Das bürgerliche Recht	9
I. Das Bürgerliche Gesetzbuch als Grundlage des bürgerlichen Rechts	9
1. Die Entstehung des BGB	9
2. Die geistigen, politischen und wirtschaftlichen Grundlagen des BGB	10
3. Aufbau und Inhalt des BGB	12
4. Sprache und Regelungstechnik des BGB	12
5. Inhaltliche Einteilung der Normen des BGB	14
II. Die Fortentwicklung des bürgerlichen Rechts	16
1. Das Kaiserreich	16
2. Die Weimarer Republik	17
3. Die nationalsozialistische Herrschaft	17
4. Die Besatzungszeit	18
5. Die Entwicklung in der ehemaligen DDR	18
6. Die Entwicklung in der Bundesrepublik	18
7. Der Einfluss des Unionsrechts auf das Bürgerliche Recht	20
III. Der Geltungsbereich des Bürgerlichen Gesetzbuchs	23
1. Der sachliche Geltungsbereich	23
2. Der zeitliche Geltungsbereich	23
3. Der räumliche Geltungsbereich	23
§ 4. Anwendung, Auslegung und Fortbildung des Privatrechts	25
I. Die Rechtsanwendung im Allgemeinen	25
1. Ermittlung eines für den Lebenssachverhalt in Betracht kommenden Rechtssatzes	25

2. Prüfung, ob der Lebenssachverhalt den Tatbestand der Rechtsnorm erfüllt (Subsumtion)	25
3. Feststellung der sich daraus ergebenden Rechtsfolge	25
II. Die Rechtsanwendung im Prozess	25
1. Die Stellung des Richters	26
2. Die Aufgabe des Richters im Prozess	26
III. Die Gesetzesauslegung	27
1. Die Notwendigkeit der Gesetzesauslegung	27
2. Das Ziel der Gesetzesauslegung	27
3. Die Methoden der Gesetzesauslegung	28
4. Die Berücksichtigung übergeordneter Rechtsnormen bei der Auslegung	30
IV. Die Rechtsfortbildung	30
1. Ausfüllung von Gesetzeslücken	30
2. Gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung	31
 2. Kapitel. Die Rechtsgeschäftslehre	
§ 5. Grundlagen und Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre	33
I. Der Grundsatz der Privatautonomie	33
1. Die Bedeutung der Privatautonomie	33
2. Die Schranken der Privatautonomie	34
II. Die Lehre vom Rechtsgeschäft und von der Vertrauenshaftung	35
III. Die Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre	37
1. Begriff und Bedeutung des Rechtsgeschäfts	37
2. Tatbestand und Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts	37
3. Geschäftsähnliche Handlung und Realakt	38
IV. Die Einteilung der Rechtsgeschäfte	39
1. Einseitige und mehrseitige Rechtsgeschäfte	39
2. Rechtsgeschäfte unter Lebenden und von Todes wegen	39
3. Vermögensrechtliche und personenrechtliche Rechtsgeschäfte	40
4. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte	40
5. Treuhandgeschäfte	44
6. Verbraucherverträge	44
 § 6. Die Willenserklärung	47
I. Begriff und Arten der Willenserklärung	47
1. Der Begriff der Willenserklärung	47
2. Die Arten der Willenserklärung	50
II. Das Wirksamwerden der Willenserklärung	52
1. Grundsatz	52
2. Empfangsbedürftige und nichtempfangsbedürftige Willenserklärungen	52
3. Die Abgabe der Willenserklärung	52
4. Der Zugang der Willenserklärung	54
 § 7. Die Willensmängel	64
I. Überblick	65
II. Fehlen des Handlungswillens, des Erklärungsbewusstseins und des Geschäftswillens	66

1. Fehlen des Handlungswillens	66
2. Fehlen des Erklärungsbewusstseins	66
3. Fehlen des Geschäftswillens	67
III. Geheimer Vorbehalt, Scheingeschäft und nichternstliche Erklärung	68
1. Der geheime Vorbehalt (§ 116)	68
2. Das Scheingeschäft (§ 117)	69
3. Die nichternstliche Erklärung (§ 118)	71
IV. Der Irrtum	72
1. Allgemeines	72
2. Die einzelnen Irrtumstatbestände	72
3. Abgrenzungsfragen	77
4. Einschränkungen der Anfechtbarkeit	81
5. Die Anfechtung und ihre Folgen	83
V. Die arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	84
1. Allgemeines	84
2. Die arglistige Täuschung	84
3. Die widerrechtliche Drohung	88
4. Rechtsfolgen der Willensbeeinflussung durch arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	91
VI. Allgemeine Regelungen zur Anfechtung	94
1. Begriff der Anfechtbarkeit und der Anfechtung	94
2. Voraussetzungen der Anfechtung	95
3. Anfechtungsrecht, Anfechtungserklärung, Anfechtungsgegner	96
4. Die Wirkungen der Anfechtung	98
5. Bestätigung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts (§ 144)	99
§ 8. Der Vertrag	100
I. Allgemeines	101
1. Funktion, Begriff und Arten des Vertrages	101
2. Das Zustandekommen des Vertrages	101
3. Vertragsverhandlungen und Vertragsverhältnis	102
II. Das Angebot	103
1. Die Voraussetzungen des Angebots	103
2. Rechtsfolgen des Angebots	105
III. Die Annahme	109
1. Begriff und Bedeutung der Annahme	109
2. Erklärung der Annahme	109
3. Annahme durch „sozialtypisches Verhalten“	111
4. „Auftragsbestätigung“ und „kaufmännisches Bestätigungsschreiben“	112
IV. Sonderregelungen für den Widerruf einer Vertragserklärung	114
1. Die verbraucherschützenden Widerrufsrechte	114
2. Widerrufserklärung, Widerrufsfrist und Widerrufsbelehrung	115
3. Rechtsnatur und Rechtsfolgen des Widerrufs	115
V. Der Einigungsmangel (Dissens)	116
1. Die Einigung als Wesensmerkmal des Vertrages	116
2. Der offene Dissens	116
3. Der versteckte Dissens	117

VI. Vertragsfreiheit und Kontrahierungszwang	118
VII. Vorvertrag und Optionsvertrag	120
1. Der Vorvertrag	120
2. Der Optionsvertrag	121
3. Exkurs: Die Festofferte	122
VIII. Der Vertragsschluss im Internet	122
1. Einführung	122
2. Das Zustandekommen des Vertrages im Internet	122
3. Wirksamkeit von Willenserklärungen	124
§ 9. Die Auslegung des Rechtsgeschäfts	126
I. Begriff und Bedeutung der Rechtsgeschäftsauslegung	126
II. Auslegungsgegenstand und Auslegungsmittel	127
III. Auslegungsziele	127
1. Die möglichen Auslegungsziele und die Bedeutung der Interessenlage	127
2. Die Auslegung von Testamenten	128
3. Die Auslegung von empfangsbedürftigen Willenserklärungen	128
4. Die Auslegung von Erklärungen an die Allgemeinheit	129
IV. Einzelne allgemeine Auslegungsgrundsätze	130
1. Das Verbot der Buchstabenauslegung	130
2. Das Gebot der Berücksichtigung von Treu und Glauben und der Verkehrssitte (§ 157)	130
3. Der Vorrang des übereinstimmend Gewollten	131
4. Die Auslegung formgebundener Erklärungen	132
V. Die ergänzende Vertragsauslegung	133
1. Vorrang der Vertragsergänzung durch dispositives Recht	133
2. Anwendungsbereich und Funktion der ergänzenden Vertragsauslegung	133
3. Ergänzende Vertragsauslegung und Grundsätze über die Geschäftsgrundlage	134
§ 10. Die Geschäftsfähigkeit	135
I. Geschäftsfähigkeit, Geschäftsunfähigkeit, beschränkte Geschäftsfähigkeit und Betreuung	135
1. Die Geschäftsfähigkeit	135
2. Die Geschäftsunfähigkeit	136
3. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	136
4. Die Betreuung	137
II. Die Rechtsfolgen der Geschäftsunfähigkeit	138
III. Die Rechtsfolgen der beschränkten Geschäftsfähigkeit	139
1. Die Abgrenzung von zustimmungsfreien und zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäften	139
2. Die Einwilligung	144
3. Die Rechtsfolgen fehlender Einwilligung	147
4. Die Handels- und Arbeitsmündigkeit	148

§ 11. Die Vertretung	150
I. Allgemeines	150
1. Begriff und Funktion der Vertretung	150
2. Voraussetzungen und Folgen der Vertretung	152
3. Zulässigkeit der Vertretung	152
4. Anwendungsbereich der Vertretung	152
5. Abgrenzung	152
II. Das Handeln in fremdem Namen	154
1. Abgabe einer eigenen Willenserklärung (Abgrenzung zum Boten)	154
2. Auftreten in fremdem Namen (Offenkundigkeitsprinzip)	154
3. Das „verdeckte Geschäft für den, den es angeht“	156
4. Die „mittelbare Stellvertretung“	156
5. Das „Handeln unter fremdem Namen“	157
III. Die Vollmacht	157
1. Begriff und Erteilung der Vollmacht	157
2. Vollmacht und Innenverhältnis	158
3. Form der Vollmacht und Vertretergeschäft	159
4. Vollmacht und Willensmängel	160
5. Erlöschen der Vollmacht	161
IV. Die Vollmacht kraft Rechtsscheins, insbesondere die Duldungs- und Anscheinsvollmacht	163
1. Gesetzlich geregelte Fälle der Rechtsscheinvollmacht	164
2. Duldungs- und Anscheinsvollmacht	166
3. Weitere Voraussetzungen der Rechtsscheinvollmacht	169
V. Das Vertretergeschäft	169
1. Auslegung	169
2. Willensmängel	170
3. Kennen und Kennenmüssen von Umständen	171
4. Erweiterte Wissenszurechnung	171
VI. Umfang und Grenzen der Vertretungsmacht	173
1. Der Umfang der Vertretungsmacht	173
2. Einzel- und Gesamtvertretung	176
3. Der Missbrauch der Vertretungsmacht und die Kollusion	176
4. Das Insichgeschäft	177
VII. Handeln ohne Vertretungsmacht	178
1. Die Folgen für das Vertretergeschäft	178
2. Die Haftung des Vertreters (§ 179)	180
3. Das Verhältnis zwischen Vertreter und Vertretenem	183
4. Das Verhältnis zwischen Vertretenem und Drittem	183
§ 12. Die Form des Rechtsgeschäfts	184
I. Die Formfreiheit als Grundsatz	184
II. Gesetzliche und gewillkürte Form	184
III. Die Formzwecke	185
IV. Die Arten der Form	186
1. Die schriftliche Form (§§ 126, 127)	186
2. Die elektronische Form (§§ 126a, 127 I, III)	188
3. Die Textform (§§ 126b, 127 I)	189

4. Die öffentliche Beglaubigung (§ 129)	190
5. Die notarielle Beurkundung (§§ 127 a, 128)	190
V. Die Nichteinhaltung gesetzlicher Formvorschriften	191
1. Nichtigkeit als Folge des Formverstößes	191
2. Heilung des Formmangels	191
3. Unbeachtlichkeit der Formverletzung aus Billigkeitsgründen?	192
VI. Nichteinhaltung der gewillkürten Form	193
§ 13. Der Inhalt des Rechtsgeschäfts	194
I. Allgemeines	194
1. Einschränkungen der rechtsgeschäftlichen Gestaltungsmacht	194
2. Einschränkungen der inhaltlichen Gestaltungsfreiheit	196
II. Der Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134)	197
1. Allgemeines	197
2. Vorliegen eines Verbotsgesetzes	198
3. Rechtsfolgen	199
4. Die Gesetzesumgehung	200
III. Der Verstoß gegen die guten Sitten (§ 138)	201
1. Der Begriff der „guten Sitten“	201
2. Die Feststellung der Sittenwidrigkeit	202
3. Fallgruppen	203
4. Die Rechtsfolgen der Sittenwidrigkeit	205
IV. Das Wuchergeschäft (§ 138 II)	207
1. Der Tatbestand des Wuchergeschäfts	207
2. Die Rechtsfolgen	209
§ 14. Zustimmung, Bedingung und Befristung	210
I. Die Zustimmung	210
1. Begriff und Bedeutung der Zustimmung	210
2. Einzelheiten zur Zustimmung	211
3. Die Verfügung eines Nichtberechtigten	212
4. Die „Ermächtigung“	214
II. Die Bedingung	215
1. Begriff und Bedeutung der Bedingung	215
2. Die Zulässigkeit der Bedingung	217
3. Die Wirksamkeit der Bedingung	218
4. Die Wirkungen der Bedingung	218
III. Die Befristung	220
IV. Exkurs: Die Berechnung von Fristen und Terminen	221
§ 15. Das unwirksame Rechtsgeschäft	222
I. Die Nichtigkeit	222
1. Begriff und Bedeutung der Nichtigkeit	222
2. Die Teilnichtigkeit (§ 139)	222
3. Die Umdeutung (§ 140)	225
4. Die Bestätigung des nichtigen Rechtsgeschäfts (§ 141)	227
II. Die schwebende Unwirksamkeit	228
III. Die relative Unwirksamkeit	229
IV. Nichtigkeit und Gestaltungsrechte	230

§ 16. Die Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	230
I. Allgemeines	230
II. Der Begriff der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“	231
1. Die gesetzliche Definition (§ 305 I 1)	231
2. Abgrenzung zur Individualabrede (§ 305 I 3)	233
III. Sonderregelung für Verbraucherverträge	234
1. Begriff des „Verbrauchervertrags“	234
2. Kontrolle von „Drittbedingungen“ (§ 310 III Nr. 1)	234
3. Kontrolle von „Einmalbedingungen“ (§ 310 III Nr. 2)	234
4. Erweiterte Inhaltskontrolle (§ 310 III Nr. 3)	235
IV. Die Einbeziehung von AGB in den Vertrag	235
1. Die Einbeziehungsvereinbarung	235
2. Exkurs: Kollidierende AGB	236
V. Überraschende Klauseln	237
VI. Die Auslegung von AGB	237
1. Der Grundsatz der objektiven Auslegung	238
2. Der Vorrang der Individualabrede (§ 305 b)	238
3. Die Unklarheitenregel (§ 305 c II)	239
VII. Die Inhaltskontrolle von AGB und das Umgehungsverbot	240
VIII. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit von AGB	240

3. Kapitel. Das subjektive Recht

§ 17. Rechtsverhältnis und subjektives Recht	243
I. Das Rechtsverhältnis	243
1. Begriff	243
2. Inhalt	243
3. Entstehen, Änderung und Ende	243
II. Das subjektive Recht	244
1. Begriff und Bedeutung	244
2. Arten	244
3. Erwerb und Verlust	247
4. Die Rechtsausübung	249
5. Grenzen der Rechtsausübung	249
III. Pflichten und Obliegenheiten	251
1. Pflichten	251
2. Obliegenheiten	252
§ 18. Anspruch, Einwendung und Einrede	252
I. Anspruch	252
1. Begriff und Bedeutung des Anspruchs	252
2. Arten des Anspruchs	253
3. Anspruchsgrundlage	253
4. Allgemeine Regeln	253
5. Mehrheit von Ansprüchen und Anspruchsgrundlagen	253
II. Einwendungen und Einreden	254
1. Einwendungen	254
2. Einreden	254

3. Berücksichtigung von Einwendung und Einrede im Prozess	255
III. Die Einrede der Verjährung	255
1. Begriff und Zweck der Verjährung	255
2. Anwendungsbereich der Verjährung	256
3. Verjährungsfristen	256
4. Beginn der Verjährung	257
5. Verjährungshindernisse	258
6. Wirkungen der Verjährung	259
7. Regelung der Verjährung durch Rechtsgeschäft	260
§ 19. Rechtsdurchsetzung und Rechtsschutz	261
I. Der staatliche Rechtsschutz	261
1. Erkenntnisverfahren	261
2. Vollstreckungsverfahren	261
3. Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	261
II. Selbstverteidigung (Notwehr, Notstand) und Selbsthilfe	262
1. Überblick	262
2. Notwehr	262
3. Notstand	263
4. Selbsthilfe (§§ 229–231)	265
4. Kapitel. Die Rechtssubjekte	
§ 20. Die natürlichen Personen	267
I. Der Mensch als Rechtssubjekt	267
II. Die Rechtsfähigkeit des Menschen	267
1. Begriff und Bedeutung der Rechtsfähigkeit	267
2. Beginn der Rechtsfähigkeit	267
3. Ende der Rechtsfähigkeit	268
4. Beweisfragen und Todeserklärung	268
5. Rechtsfähigkeit und Handlungsfähigkeit	268
6. Rechtsfähigkeit und Parteifähigkeit	269
III. Der Wohnsitz	269
1. Begriff und Bedeutung	269
2. Gewählter und gesetzlicher Wohnsitz	270
IV. Name und Namensschutz	270
1. Begriff und Arten des Namens	270
2. Das Namensrecht	271
3. Der Schutz des Namens	271
4. Die Ausdehnung des Namensschutzes	273
V. Der allgemeine Persönlichkeitsschutz	273
§ 21. Juristische Personen	274
I. Allgemeines	274
1. Begriff und Bedeutung	274
2. Arten und Entstehung der juristischen Person	275
3. Die Relativierung der juristischen Person	276
II. Der rechtsfähige Verein	277
1. Entstehung	277

2. Mitgliedschaft	278
3. Organisation und Willensbildung	280
4. Vertretung und Haftung	283
5. Haftung von Vorstandsmitgliedern	286
6. Erlöschen, Auflösung und Verlust der Rechtsfähigkeit des Vereins ..	287
III. Der nichtrechtsfähige Verein	287
1. Allgemeines	287
2. Teilnahme am Rechtsverkehr	288
3. Rechtsverfolgung gegen und durch den Verein	288
4. Haftung	288
IV. Die Stiftung	289
1. Begriff und Bedeutung	289
2. Entstehen, Verfassung und Erlöschen der Stiftung	290
 5. Kapitel. Die Rechtsobjekte	
§ 22. Rechtsobjekt, Vermögen und Unternehmen	292
I. Die Rechtsobjekte	292
1. Begriff und Bedeutung	292
2. Abgrenzung	292
II. Das Vermögen	293
1. Begriff	293
2. Bedeutung	293
III. Das Unternehmen	295
1. Begriff	295
2. Bedeutung	295
§ 23. Sache, Bestandteil, Zubehör und Nutzungen	296
I. Die Sachen	296
1. Begriff und Abgrenzung	296
2. Arten	297
II. Einzelsache und Sachgesamtheit	298
III. Die Bestandteile	298
1. Begriff	298
2. Arten	299
3. Rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung	300
IV. Das Zubehör	301
1. Begriff	301
2. Rechtliche Bedeutung	302
V. Nutzungen, Früchte und Lasten	302
1. Begriffe	303
2. Bedeutung	304
Anhang. Technik der Fallbearbeitung	305
I. Vorbereitung der Niederschrift	305
II. Aufbau und Gestaltung der Niederschrift	307
III. Muster eines Falles mit Lösung	310
 Sachverzeichnis	 313